



Actionbound «Grönland. Alles wird anders»

Vor dem Museumsbesuch:

- Maximal sechs Gruppen à zwei bis vier Lernende bilden.
- Die kostenlose App «Actionbound» auf Smartphones oder Tablets laden (ein Gerät pro Gruppe).
- Empfehlung: Über actionbound.com eine Challenge erstellen und einen persönlichen QR-Code ausdrucken und mitnehmen. Somit werden alle Ergebnisse der Schüler:innen per Mail zugestellt.

Im Unterricht:

- Assoziativer Einstieg: «Was kommt euch in den Sinn, wenn ihr an Grönland denkt?» Antworten sammeln und besprechen.
- Eine Auswahl von Qupanuks Filmen auf Youtube anschauen. Ihr Youtube-Kanal heisst «Q's Greenland». (Qupanuk wurde interviewt und ist in der Ausstellung zu sehen.)
- Reflexion: «Was ist neu? Was überrascht euch? Wie unterscheidet sich das Bild Grönlands in den Augen von Qupanuk im Vergleich zu eurem?»

Während des Museumsbesuchs:

- QR-Code scannen (den eigens erstellten QR-Code oder den auf Seite 1 in diesem Dokument) respektive den Bound «Grönland. Alles wird anders» über die Actionbound-Website öffnen.
- Jeder Gruppe ein anderes Start-Thema zuweisen, damit sich die Gruppen nicht in den Weg kommen.
- Den Trail durchspielen (ca. 40 Minuten).

Nach dem Museumsbesuch:

Im Unterricht:

- Wenn ein eigener QR-Code erstellt wurde, die Ergebnisse in der Schule nachbesprechen. Empfehlung: Die Ergebnisse bei folgenden Räumen gemeinsam anschauen und besprechen: die Aufgabe beim Thema «Klimawandel», die Umfrage beim Thema «Stadt und Land», die Umfrage beim Thema «Rohstoffe» und die Umfrage beim Thema «Dilemmas». (Natürlich können auch weitere Ergebnisse vertieft werden.)
- Wenn die Ergebnisse nicht per Mail zugeschickt werden, trotzdem in der Schule einen Teil des Trails nachbesprechen. Empfehlung: Folgende Fragen genauer anschauen: «Welche Frage stellt ihr den Forscher:innen?» (Klimawandel), «Was löst das Zitat von Lu («I just wish we protect this land, do not develop too much.») bei euch aus?» (Tourismus) und «Was findet ihr – in welche Lebensbereiche darf der Staat eingreifen?» (Forschung, Identität, Gesundheit, Bildung, Reproduktion, Wirtschaft) (Dilemmas)
- Als Abschluss: Den Text (auf den folgenden Seiten) von Ebbe Volquardsen als Vertiefung lesen und gemeinsam analysieren. (Der Text stammt aus der Publikation zur Ausstellung «Grönland. Alles wird anders», herausgegeben vom ALPS Alpinen Museum der Schweiz, Beat Hächler, Daniel Di Falco.)

Grönland, Dänemark und das koloniale Erbe

**Der Glaube an den Sonderfall
hat keine Zukunft mehr**

Ebbe Volquardsen

Bei der 60. Biennale in Venedig, der Ausgabe des Jahres 2024, kam es im dänischen Pavillon zu einer Premiere: Erstmals wurden hier Werke eines grönländischen Künstlers gezeigt, Bilder des Fotografen Inuuteq Storch ^[s. 6]. Zur gleichen Zeit wandte sich die Dänische Nationalbank an die Öffentlichkeit – diese sollte über die Motive einer neuen Banknotenserie abstimmen.

Zur Auswahl stand unter anderem ein Porträt von Arnarulunnguaq, einer Angehörigen der indigenen Inughuit aus Nordgrönland. Arnarulunnguaq hatte zwischen 1921 und 1924 an der fünften Thule-Expedition teilgenommen, die von Grönland über das nördliche Kanada bis nach Alaska führte und dabei erstmals Verwandtschaftsverhältnisse und historische Migrationsrouten aller Inuit in der Region rund um den Nordpol dokumentierte. Von einer auf männliche Helden zentrierten Geschichtsschreibung war Arnarulunnguaq allerdings zur schüchternen Gehilfin des Polarforschers Knud Rasmussen degradiert worden.

Beide aktuellen Ereignisse sind Ausdruck derselben Tendenz: Grönländer:innen vertreten, symbolisch oder ganz konkret, immer öfter dänische Institutionen. Allmählich und ohne viel Aufhebens positioniert sich das offizielle Dänemark so als der postkoloniale Bundesstaat, der es de facto seit 1979 ist, dem Jahr der Einführung der grönländischen Selbstverwaltung. Dazu passt, dass Grönländisch seit kurzem Arbeitssprache im Kopenhagener Parlament ist. Um ihren dänischen Kolleg:innen die sprachlichen Herausforderungen vor Augen zu führen, die für viele Grönländer:innen Alltag sind, hatte Aki-Matilda Høegh-Dam, eine der beiden grönländischen Abgeordneten, eine Rede in ihrer Muttersprache gehalten. Das wurde zunächst als Provokation kritisiert, doch Høegh-Dam konnte das Parlamentspräsidium davon überzeugen, Beiträge auf Grönländisch künftig zuzulassen und den Abgeordneten Mittel für Übersetzungen zur Verfügung zu stellen.

Schliesslich gewann Høegh-Dam auch einen Preis – für die «beste dänische Rede» des Jahres. 2024 werden also auch grönländische Reden als dänische Reden anerkannt.

Alle sollten Dän:innen werden

Das letzte Mal, dass sich Dänemark so verstand, als multiethnischer und mehrsprachiger Staat, ist mindestens 150 Jahre her: Bis Mitte des 19. Jahrhunderts war die skandinavische Monarchie ein mittelgrosses Imperium mit Kolonien auf fast allen Kontinenten gewesen. Zum sogenannten Gesamtstaat gehörten auch Norwegen, Schleswig-Holstein und Island. Mit dem sukzessiven Verlust dieser Gebiete änderte Dänemark sein Selbstbild und verstand sich zunehmend als ethnisch homogener Nationalstaat; eine Entwicklung, die mittlerweile viele Regalmeter kulturgeschichtlicher Forschung füllt. Grönland, die letzte verbliebene Kolonie, wurde 1953 als formal gleichberechtigte Provinz in den Staat eingegliedert. Doch viele Grönländer:innen erlebten die folgende Entwicklung paradoxerweise als den eigentlichen Beginn kolonialer Fremdbestimmung: Die dänische Grönlandpolitik der Nachkriegsjahrzehnte zielte darauf ab, die Einheimischen an einen europäischen Lebensstil zu assimilieren und sie, wie es manchmal hiess, zu «Norddän:innen» zu machen. Das geschah nicht nur, um den Dekolonisierungsfordernden Vereinten Nationen zu suggerieren, dass es sich bei Dän:innen und Grönländer:innen aufgrund des jahrhundertelangen Kulturkontakts um ein und dasselbe Volk handle. Die Massnahmen entsprachen auch dem forcierten dänischen Selbstverständnis einer ethnisch homogenen und gesellschaftlich fortschrittlichen Kulturnation. Ethnische Konflikte und gewaltsame Unabhängigkeitskämpfe mochten anderswo ausgetragen werden, meinte man – die Grönländer:innen würden bald begreifen, welches Privileg es sei, Dän:innen zu sein, also Bürger:innen in einem der reichsten Länder der Welt mit einem Wohlfahrtssystem, um das sie viele beneideten.

Diese Annahme sollte sich als Irrtum erweisen. Seit einigen Jahren kommt der systematische Charakter der staatlichen Übergriffe, denen Grönländer:innen in den Jahrzehnten der Assimilationspolitik ausgesetzt waren, immer deutlicher ans Licht. Ähnlichkeiten mit der Behandlung der Aborigines in Australien, der Maori in Neuseeland oder der First Nations in Kanada sind nicht zu übersehen. Wenn grönländische Kunst in dänischen Ausstellungen gezeigt wird, Grönländer:innen auf dänischen Banknoten abgebildet und grönländische Reden im dänischen Parlament gehalten werden, bekennt sich der dänische Staat in nie da gewesener Weise zum multiethnischen Charakter der postkolonialen Union, die Kerndänemark zusammen mit Grönland (und den Färöern) bildet. Und er distanziert sich gleichzeitig von der fehlgeleiteten Assimilationspolitik der Nachkriegsjahrzehnte, die darauf abzielte, kulturelle und sprachliche Vielfalt zu verschleiern oder zum Verschwinden zu bringen. Und doch weckt die forcierte Wiederbelebung einer gesamtstaatlichen Identität auch Erinnerungen an imperialistische Zeiten, als sich die Monarchie als Vielvölkerstaat verstand, dessen Untertanen auf vier Kontinenten lebten und sich einer Vielzahl von Sprachen bedienten.

Die Union steht zur Debatte

Entsprechend ambivalent sind die grönländischen Reaktionen auf die Bemühungen dänischer Akteure, die Union mit Grönland durch ein respektvolleres Erscheinungsbild zu festigen. Zwar nimmt die Öffentlichkeit symbolische Ereignisse wie Auszeichnungen für grönländische Künstler:innen, Sportler:innen und Politiker:innen und jüngst den Besuch des neuen dänischen Königspaares überwiegend positiv auf. Aber

eine Mehrheit in Grönland wünscht sich weit mehr als eine zeitgemässe Überarbeitung der Fassade: An die Stelle der Union mit Dänemark soll eine neue Form der Zusammenarbeit treten, die Grönland Eigenstaatlichkeit ermöglicht, ohne die Verbindungen nach Kopenhagen gänzlich zu kappen.

So legte eine Kommission der Regierung in Nuuk 2023 einen Verfassungsentwurf für ein souveränes Grönland vor. Im Frühjahr 2024 beschloss das Parlament zudem mit grosser Mehrheit, die Voraussetzungen für eine Aktivierung des Artikels 21 des Autonomiegesetzes zu prüfen – ein Schritt, der die Aufnahme konkreter Verhandlungen über die formelle Loslösung Grönlands vom dänischen Staat zur Folge hätte. Diskutiert wird etwa ein freies Assoziierungsabkommen nach dem Vorbild einiger postkolonialer Inselstaaten im Pazifik. Noch vor wenigen Jahren wurden solche Überlegungen als Hirngespinnste abgetan.

Auf beiden Seiten wird also über die Zukunft der Union diskutiert; deutliche Unterschiede gibt es in der Zielsetzung. In Kopenhagen scheint man verstanden zu haben, dass ein gedeihliches Verhältnis zur ehemaligen Kolonie ein respektvolleres Miteinander und eine inklusivere staatliche Identität voraussetzt. In diesem Sinn arbeitet man daran, die Beziehungen zu Grönland zu verbessern. Doch dieses Bekenntnis kommt reichlich spät, denn nicht wenige in Nuuk sehen den Zeitpunkt gekommen, einen weiteren Schritt in Richtung staatlicher Autonomie zu wagen und die Union mit Dänemark in ihrer jetzigen Form aufzulösen. Um die komplexen Dynamiken auf beiden Seiten zu verstehen, ist es hilfreich, sich einige politische Entwicklungen der letzten Jahre vor Augen zu führen. Allen gemeinsam ist, dass sie eine allmähliche Abkehr vom kolonialen Exzeptionalismus bedeuten.

Der Begriff steht für eine politische Ideologie, die den dänischen Kolonialismus – im Vergleich zum Auftreten der anderen europäischen Imperien in ihren Kolonien – als wohlwollende, humane, wenn nicht harmlose Unternehmung ausgab. Wie auch die übrigen skandinavischen Länder verstand sich Dänemark als Ausnahmeerscheinung in der modernen Welt: als aussergewöhnlich friedfertige, wohltätige Gesellschaft, als beispiellose Verkörperung einer solidarischen, egalitären und fortschrittlichen Politik. Der Norden galt als der «gute Westen», und für Länder wie Dänemark wurde dieses Ideal zum nationalen Selbstverständnis – ungeachtet der Tatsache, dass auch Skandinavier:innen an der kolonialen Ausbeutung beteiligt waren, am transatlantischen Versklavungshandel genauso wie an der Unterdrückung ethnischer Minderheiten.

Muss Grönland dankbar sein?

Tatsächlich scheint es häufig ein von diesem Sonderfalldenken geformtes Selbstbild zu sein, das einer Neuausrichtung der dänisch-grönländischen Beziehungen im Weg steht. Es lässt sich auch deshalb so schwer überwinden, weil alle Kolonialprojekte, nicht nur das dänische, mit dem Glauben an eine moralische und kulturelle Überlegenheit legitimiert wurden: Die Kolonisatoren sahen sich auf einer Zivilisierungsmission. Im dänischen Fall diente das exzeptionalistische Denken ausserdem dazu, die Vorstellung eines Wohlfahrtsstaats aufrechtzuerhalten, der auf Gleichheit und Menschenrechten gründet, selbst wenn die eigene Kolonialgeschichte diesen Werten widersprach.

Wer den ideologischen Charakter des Exzeptionalismus aufzeigt, rührt folglich an den Kern der nationalen Identität. Deshalb genügt zuweilen der blosser Hinweis auf Kolonialismus und Rassismus, um empörte Abwehrreflexe seitens der Mehrheitsgesellschaft auszulösen. Auch wenn sich bestimmte politische Massnahmen später als falsch herausgestellt hätten, seien sie doch im besten Willen erfolgt – so lautet eine wiederkehrende Argumentation. Sie stellt den

Vorsatz der Ausführenden über die Erfahrungen der Betroffenen und macht es den Grönländer:innen damit schwer, gleichberechtigt an der kritischen Aufarbeitung der eigenen Geschichte teilzuhaben.

Nicht zuletzt der jährliche Zuschuss von einer halben Milliarde Euro, mit dem Dänemark zum grönländischen Haushalt beiträgt und das Land in Abhängigkeit hält, wurde häufig als altruistische Tat verstanden. Auf diese Weise interpretierte man in Dänemark auch Grönlands lauter werdende Forderungen nach Autonomie und der Aufarbeitung des Unrechts in und nach der Kolonialzeit als Mangel an Dankbarkeit. Manche unliebsame Diskussion konnte so im Keim erstickt werden.

In Dänemark verstand man den dänischen Kolonialismus als Ausnahme: als wohlwollende und humane Unternehmung.

Solchen Argumenten hat kein anderer als der damalige US-Präsident Donald Trump den Wind aus den Segeln genommen. 2019 bot er Dänemarks Ministerpräsidentin Mette Frederiksen an, Grönland zu kaufen. Auch wenn die Offerte das Selbstbestimmungsrecht der Grönländer:innen übergang und sogleich brüsk zurückgewiesen wurde, machte sie klar, wo die Interessen der USA an Grönland lagen und liegen. Es geht um die Nordwestpassage durch die Arktis, die sich mit der globalen Erwärmung öffnet und den Seeweg zwischen Europa und Asien um fünftausend Kilometer verkürzt. Zudem verfügt Grönland über jene Seltenen Erden, die für die Elektronikindustrie und die Energiewende so wichtig sind und in den USA durch den Handelskrieg mit China bald knapp werden dürften. Und schliesslich gewinnt auch die strategische Lage des US-Luftwaffenstützpunkts Pituffik (bis 2023 «Thule Air Base») in Nordgrönland weiter an Bedeutung, zumal Russland und China ihre Aktivitäten in der Arktis verstärken [s.49].

Dekolonisierung einer Legende

Im Ergebnis zwang Trumps Schachzug Dänemark zur Einsicht, dass die jährlichen Zahlungen an Nuuk nicht als gut gemeinte Spende, sondern als Marktwert dessen betrachtet werden müssen, was Nationen bereit sind, für die militärische und kommerzielle Präsenz in Grönland zu zahlen. Es stellte sich heraus, dass Dänemark vergleichsweise wenig ausgibt, um seine geopolitische Position zu sichern – eine Erkenntnis, die die jahrhundertealten Erzählungen von den gutmütigen Dän:innen und den undankbaren Grönländer:innen infrage stellt und die Grönländer:innen selbstbewusster in künftige Verhandlungen über weitere Schritte in Richtung Autonomie gehen lässt.

Unvergessen bleibt auch der 21. Juni 2020. In der Nacht zum grönländischen Nationalfeiertag übergossen unbekannte Aktivist:innen die Statue des Missionars Hans Egede, die über dem historischen Hafen von Nuuk thront, mit roter Farbe und versahen den Sockel des Denkmals mit dem Aufruf

«Decolonize!» sowie Mustern traditioneller Inuit-Tätowierungen, die einst von der Kirche geächtet wurden und sich seit einiger Zeit wieder wachsender Beliebtheit erfreuen. Es war Egede, der 1721 die Kolonisierung Grönlands einleitete: Nur weil er dort die Nachfahren mittelalterlicher Siedler:innen aus Skandinavien vom Katholizismus zum Protestantismus habe bekehren wollen, diese aber nirgends gefunden habe, habe er sich der Missionierung der Inuit zugewandt. So lautet die ebenso komische wie leicht zu widerlegende Erzählung, die populäre Geschichtsdarstellungen bis heute reproduzieren. Sie gibt der Kolonisierung einen ungeplanten, unschuldigen Charakter – eine weitere Spielart des kolonialen Exzeptionalismus.

Die Opfer wehren sich

Die Aktion an der Egede-Statue könnte man getrost vernachlässigen, hätte sie nicht, zeitlich mit globalen Bewegungen wie «Rhodes Must Fall» und «Black Lives Matter» zusammenfallend, eine bis heute andauernde Debatte ausgelöst: Es geht – neben der politischen – um die mentale Dekolonisierung. In Grönland, wo die indigene Bevölkerung ein vergleichsweise hohes Mass an politischer Selbstbestimmung erreicht hat, wurde Dekolonisierung lange Zeit mit dem formalen Prozess hin zu Selbstverwaltung und einer weiteren politischen Autonomie gleichgesetzt. Tabuisiert blieb dagegen das Gespräch über subtilere Mechanismen, die koloniale Strukturen fortbestehen lassen, ebenso wie Forderungen nach der Überwindung von kolonialen Denkmustern und von Traumata, die von Generation zu Generation weitergegeben werden. Diese Debatten scheinen nun eine kritische Masse erreicht zu haben, nicht zuletzt durch das Drängen einer global vernetzten Jugend.

Zwischen 1960 und 1991 wurde mindestens 4500 jungen Grönländerinnen ohne Einwilligung eine Spirale zur Verhütung eingesetzt.

So ist es vielleicht mehr als ein Zufall, dass die Psychologin Naja Lyberth im Jahr 2021 erstmals öffentlich den Verdacht äusserte, dass das, was ihr als Mädchen in Grönland widerfahren war, System haben könnte. Lyberth war ohne Einwilligung ihrer Eltern eine Spirale zur Empfängnisverhütung eingesetzt worden. Recherchen des Dänischen Rundfunks ergaben, dass zwischen 1960 und 1991, als Dänemark für das Gesundheitswesen zuständig war, mindestens 4500 zum Teil sehr junge Grönländerinnen – die Hälfte aller Frauen im gebärfähigen Alter – von derartigen Übergriffen betroffen waren. Was Tausende von Frauen jahrzehntelang als persönliche traumatische Belastung mit sich herumgetragen hatten, ohne das wahre Ausmass des Skandals zu kennen, entpuppte sich nun als staatlich verordnetes Programm. Dessen Ziel war die Reduktion des Bevölkerungswachstums in Grönland, und die Eingriffe stellten schon 1960 eine Verletzung der Menschenrechte der betroffenen Frauen dar. Seit 2023 beschäftigt sich eine von den Regierungen Grönlands und

Dänemarks eingesetzte Expertenkommission mit der Aufarbeitung des Skandals. Auf das Ergebnis des Berichts wollen viele der teilweise betagten Frauen allerdings nicht warten: Sie haben den dänischen Staat auf Schadenersatz verklagt. Eine Premiere, denn in Dänemark wurden systematische Verletzungen von Menschenrechten noch nie vor ein Gericht gebracht.

Diesen Weg sind unlängst auch manche Opfer der Assimilierungspolitik gegangen: «rechtlich Vaterlose» und Grönländer:innen, die von fragwürdigen Adoptionspraktiken betroffen waren. Unehelich geborenen Kindern, deren Väter oft aus Dänemark stammten, war es bis in die 1970er Jahre verwehrt, ihren biologischen Vater zu identifizieren und zu beerben. In dieser Zeit wurden, wie weitere Enthüllungen gezeigt haben, zudem Hunderte von Kindern nach Dänemark adoptiert, ohne dass ihre leiblichen grönländischen Eltern über die Tragweite dieses Schritts aufgeklärt wurden. In der grönländischen Gesellschaft hatte der Begriff Adoption eine andere Bedeutung; kinderreiche Familien gaben ihren Nachwuchs oft vorübergehend in die Obhut von Verwandten oder kinderlosen Bekannten, ohne jedoch eine spätere Wiedervereinigung der Familie auszuschliessen.

Das Paradox der Integration

Nachdem die dänische Regierung 2013 noch keinen Anlass gesehen hatte, sich an einer von Grönland initiierten «Versöhnungskommission» zu beteiligen, reiste Ministerpräsidentin Mette Frederiksen 2022 nach Nuuk, um die Überlebenden des «Experiments» von 1951 offiziell um Entschuldigung zu bitten. Dabei handelt es sich um den international bekanntesten Fall kolonialpolitischer Übergriffe: Man hatte eine Gruppe von Kindern nach Dänemark zwangsverschickt und dauerhaft von ihren Familien getrennt, um aus ihnen durch eine dänische Erziehung zukünftige Leistungsträger:innen zu machen.

Das wurde noch 2022 weitgehend als bedauerliche Ausnahme einer ansonsten erfolgreichen Modernisierungspolitik dargestellt, ganz im Einklang mit dem Narrativ des kolonialen Exzeptionalismus. Doch nur zwei Jahre später erscheint es, nicht zuletzt im Zug der Enthüllungen um die Spiralen- und Adoptionsskandale, als eines von vielen Beispielen für ein sozialpolitisches System, das die Mehrheit der in der Nachkriegsära aufgewachsenen Grönländer:innen Entmündigung, unfreiwillige Umsiedlung und Übergriffe durch die Behörden erleben liess. Dass dies inzwischen auch den Entscheidungsträger:innen in Kopenhagen klar geworden ist, zeigt die Beteiligung an einer gross angelegten Forschungskommission, die sich mit sämtlichen bis heute nachwirkenden Massnahmen der dänischen Grönlandpolitik befassen soll. Ziel der historischen Aufarbeitung sei die «Versöhnung», heisst es in dem entsprechenden Regierungspapier – wobei unklar bleibt, was damit konkret gemeint ist.

In Grönland weiss man seit langem, wie die Übergriffe der Vergangenheit bis in die Gegenwart nachwirken, auch wenn das Thema teilweise tabuisiert wurde. Derweil scheint die allmähliche Entzauberung der exzeptionalistischen Illusion bei einigen Dän:innen in eine «postkoloniale Melancholie» zu münden. Mit diesem Begriff hat der Soziologe Paul Gilroy die nostalgische Sehnsucht nach konfliktärmeren Zeiten und das Gefühl der Trauer über den Verlust von Status und Macht in postimperialen Gesellschaften beschrieben. Die dänisch-grönländischen Beziehungen seien noch nie so schlecht gewesen wie heute, heisst es zuweilen in der dänischen Presse. Mit Erkenntnissen der Integrationsforschung kann man diesem Befund allerdings auch etwas Positives abgewinnen. So beschreibt Aladin El-Mafaalani in einer vielbeachteten soziologischen Studie die paradoxe Situation, dass Fortschritte bei der Integration von Minderheiten in einer

Gesellschaft zunächst zu mehr Konflikten und Spannungen führen. Das lässt sich erklären: Verbesserte Teilhabe und soziale Mobilität steigern die Erwartungen der betroffenen Gruppen und machen sie in der Gesellschaft sichtbarer.

Abkehr vom Exzeptionalismus

Innerhalb des dänischen Staats sind Grönländer:innen in jüngster Zeit tatsächlich sichtbarer und lauter geworden, sei es in der Kulturszene, bei der erfolgreichen Forderung nach der Umbenennung eines Glaceklassikers mit dem als rassistisch empfundenen Wort «Eskimo» im Namen oder bei der juristischen Auseinandersetzung mit Übergriffen und Ungerechtigkeiten, die viele am eigenen Leib erfahren haben. Nimmt Dänemark die die Neuerfindung der Union als postkoloniale Föderation gleichberechtigter Mitglieder ernst, werden Konflikte und Spannungen auf absehbare Zeit weiter zunehmen. Denn allein die entschiedene Abkehr vom kolonialen Exzeptionalismus – der lieb gewonnenen Erzählung von Dänemark als selbstlosem, wenn auch nicht immer unfehlbarem Begleiter Grönlands auf dem Weg in die Moderne – birgt die Chance auf ein zukunftsfähiges Verhältnis zur ehemaligen Kolonie.

Dass dies im wirtschaftlichen und geopolitischen Interesse des Landes liegen dürfte, ahnt man auch in den Büros der Regierung in Kopenhagen. Die Hinwendung zu unbequemen und widersprüchlichen Geschichtsbildern wird weiterhin auf Widerstände stossen. Den Grönländer:innen hingegen liesse ein solcher Paradigmenwechsel späte Gerechtigkeit als Zeitzeug:innen zuteilwerden. Ihre langjährige Wahrnehmung vieler politischer Entscheidungen als falsch, ungerecht und gewaltsam würde endlich anerkannt. Dies würde ihnen die Möglichkeit eröffnen, Frieden mit der Geschichte zu finden und die Gestaltung ihrer Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen.

Ebbe Volquardsen

1982 im norddeutschen Niebüll nahe der dänischen Grenze geboren, ist Associate Professor für Kulturgeschichte an Ilisimatusarfik, der Universität Grönlands in Nuuk. Einige seiner Forschungsthemen sind dänische Kolonialgeschichte, Erinnerungspolitik, politische und mentale Dekolonisierungs- und Versöhnungsprozesse sowie die Nachwirkungen des Kolonialismus dies- und jenseits des Nordatlantiks.

Zum Thema

Aladin El-Mafaalani: *Das Integrations-Paradox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt.* Köln 2018.

Paul Gilroy: *Postcolonial Melancholia.* New York 2004.

Ann-Sofie Gremaud und Kirsten Thisted (Hg.): *Denmark and the New North Atlantic. Narratives and Memories in a Former Empire.* Aarhus 2020.

Bernd Henningsen (Hg.): *Nordeuropa. Handbuch für Wissenschaft und Studium.* Baden-Baden 2023.

Lill-Ann Körber und Ebbe Volquardsen (Hg.): *The Postcolonial North Atlantic. Iceland, Greenland and the Faroe Islands.* 2. Auflage, Berlin 2020.

Søren Rud: *Colonialism in Greenland. Tradition, Governance and Legacy.* Cham 2017.

Helene Thiesen: *Greenland's Stolen Indigenous Children. A Personal Testimony.* New York 2023.